



Regierungsrat, 9102 Herisau

An die Mitglieder
des Kantonsrates

Herisau, 1. April 2014 / aje

1030.542

Regierungsprogramm 2012–2015; Zwischenbericht 2013, Kenntnisnahme

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 1. April 2014

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrte Damen Kantonsrätinnen
Sehr geehrte Herren Kantonsräte

A. Ausgangslage

Im Regierungsprogramm 2007–2011 wurde das jährliche Reporting in den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates integriert. Für das Regierungsprogramm 2012–2015 soll die Berichterstattung separat erfolgen, damit der Kantonsrat Gelegenheit erhält, das Regierungsprogramm zu diskutieren.

Anlässlich der Kenntnisnahme des Regierungsprogramms 2012–2015 durch den Kantonsrat am 28. November 2011 wurden folgende Erwartungen an die Berichterstattung formuliert:

- Die Ziele sollten genauer und konkreter definiert werden, damit der Erfolg des Programms anhand der Zielerreichung gemessen werden könne;
- Die konkreten Massnahmen und Teilschritte sollten kommuniziert werden. Es genüge nicht, nur die Ziele zu nennen;
- Für die Projekte „Arealentwicklung“ und „Bauen und Wohnen“ sollten konkrete Messwerte formuliert werden, damit 2015 festgestellt werden könne, ob und inwieweit die Ziele erreicht wurden;
- Es sei auszuweisen, welchen Beitrag die nicht betroffenen Departemente zum Regierungsprogramm leisten;
- Die Umsetzung des Programms sei zu konkretisieren;
- Der Kommunikation sei besondere Beachtung zu schenken.



Am 26. März 2012 bewilligte der Kantonsrat zwei Rahmenkredite für das Regierungsprogramm 2012–2015 über Fr. 1'680'000 für die „Arealentwicklung“ und Fr. 1'880'000 für „Bauen und Wohnen“. Im Finanzplan 2012–2015, welchen der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 2. Mai 2011 zur Kenntnis genommen hat, sind jährlich 1,5 Mio. Franken für das Regierungsprogramm eingestellt. Nachdem der Kantonsrat im November 2013 vom Regierungsrat eine Budgetkürzung für 2014 von 3 Mio. Franken verlangte, kürzte in der Zwischenzeit der Regierungsrat die Mittel für das Regierungsprogramm um total Fr. 2'440'000 auf den vom Kantonsrat bewilligten Verpflichtungskredit von Fr. 3'560'000. D.h. für 2014 stehen nicht mehr 1,2 Mio. Franken, sondern lediglich Fr. 490'000 zur Verfügung.

B. Erwägungen

Der vorliegende Zwischenbericht konzentriert sich auf die Massnahmen und Ereignisse bis Ende 2013. Aussagen zur Zielerreichung haben aufgrund des 4-Jahres-Horizonts des Programms und der relativ kurzen Dauer, während derer die Projekte nun laufen, beschränkte Aussagekraft.

1. Massnahmen und Ereignisse in der Berichtsperiode

Nach der Genehmigung der Rahmenkredite durch den Kantonsrat wurde im Frühjahr 2012 die Gesamtorganisation des Regierungsprogramms samt den dazugehörigen Prozessen aufgegleist. Sämtliche Anträge um Sprechung von Geldern werden vom Lenkungsausschuss (bestehend aus Kantons- und Gemeindevertretungen) vorgeprüft und an den Regierungsrat zur definitiven Entscheidung weitergeleitet. So ist gewährleistet, dass der Regierungsrat die Übersicht über die Unterstützungsbeiträge für die einzelnen Projekte hat.

In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurden die anstehenden Projekte bearbeitet. Es wurden dabei v.a. Problemstellungen angegangen, die ohne zusätzliche Unterstützung in personeller oder finanzieller Hinsicht nicht zum Erfolg führen würden. In der Regel wurden die Projekte schriftlich beantragt sowie die Abläufe und die geforderte Qualität mit schriftlichen Zielvereinbarungen gesichert. Kostenteiler stellen sicher, dass mit den finanziellen Beiträgen sorgsam und überprüfbar umgegangen wird.

Mittels eines Controllings rapportiert die Projektleitung an den halbjährlich stattfindenden Sitzungen des Lenkungsausschusses über den Stand der Massnahmen (s. Seite 14 und 15 des Programms). Dabei fokussiert die Projektarbeit auf die beiden Zielsetzungen: mehr adäquater Wohnraum und mehr Arbeitsplätze im Kanton. Eine Steigerung der Bevölkerungszahl hat oberste Priorität.

2. Stand der Projekte und weiteres Vorgehen

Gemäss der Liste der Projekte (Beilage 1) laufen die Arbeiten wie vorgesehen. Durch die hohe Komplexität der Problemstellungen und der Verfahren benötigen die Prozesse naturgemäss viel Zeit. Neben den Projekten „Arealentwicklung“ und „Bauen und Wohnen“ werden auch separate zusätzliche Einzel-Projekte bearbeitet.

In der „Arealentwicklung“ konnte die Wiedervermietung bzw. der Verkauf des Eschler-Areals in Bühler erfolgreich abgeschlossen werden. Das wichtigste Projekt, die Entwicklung des Bahnhofs Herisau, befindet sich



ebenfalls im Plan. Die Planungsarbeiten der übrigen Projekte verlaufen mehrheitlich positiv und erfolgsversprechend.

Im Projekt „Bauen und Wohnen“ konnte die Baubewilligung für die drei Mehrfamilienhäuser „Mattenbach“ in Grub erwirkt werden. Der Verkauf der 18 Wohnungen ist angelaufen und der Baubeginn wird für 2014 erwartet. Bei der Überbauung „Zentrum“ in Bühler mit rund 23 Wohnungen sowie der Überbauung „Hinter der Kirche“ in Schwellbrunn mit 13 Wohnungen liegen die Baubewilligungen demnächst ebenfalls vor. Die Realisierung beider Bauten erfolgt voraussichtlich im laufenden Jahr 2014. Im Weiteren wurde das Neubauprojekt „Käserei Schwellbrunn“ umgesetzt und realisiert. Bei den Projekten „Wohnüberbauung Leuwies“ in Waldstatt mit ca. 40 Wohnungen, Überbauung „Zentrum“ in Grub mit 6 Wohnungen und drei Geschossen für gewerbliche Nutzung sowie bei der Wohnüberbauung „Rosenau Hemetli“ in Herisau mit 37 Wohnungen und Gewerbeflächen zeichnen sich Baubewilligungen im Jahr 2014 ab. Diese Resultate sind höchst erfreulich, da einzelne Projekte bereits im letzten Regierungsprogramm initiiert und unterstützt wurden. Dies zeigt, dass dank des Regierungsprogramms auch Erfolge bei Wohnbauprojekten mit anspruchsvollen Zentrumsanlagen erzielt werden konnten.

Bei den separaten Einzel-Projekten konnte in Zusammenarbeit mit den Gemeinden mit dem Integralen Wohnortmarketing an der Immo-Messe in St.Gallen im Frühjahr 2013 der neue Auftritt umgesetzt werden. Die Gesetzesanalyse mit Einbezug externer Fachleute wurde abgeschlossen; die Vernehmlassung der Teilrevision des Baugesetzes, welche auf der Gesetzesanalyse aufbaute, ist durchgeführt und ausgewertet. Die Haus-Analysen verlaufen nach Plan, es werden jährlich mehr als 20 Haus-Analysen durchgeführt. Entsprechende Investitionen sind die positive Folge.

Dagegen musste die Projektleitung einen Rückschlag im vorgesehenen Projekt „Wohnen im Dorf-Egg Schwellbrunn“ einstecken. Der geplante Abbruch und Neuaufbau von fünf geschützten, nebeneinander liegenden Häusern konnte nicht umgesetzt werden, da ein Hausbesitzer sich dem Vorhaben widersetzte. Nun wurde mit dem Projekt „Wohnen im Dorf – Zentrum Herisau“ gestartet. Die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Herisau und der Stiftung Dorfbild Herisau führte bisher zu einer hohen Akzeptanz durch die Hauseigentümer und zu hoffnungsvollen Ideen zur Aufwertung des Wohnraums im Zentrum von Herisau. Es bleibt aber nach wie vor eine Herausforderung, gleich mehrere Grundstückbesitzer von der Notwendigkeit einer verdichteten Bauweise zu überzeugen. Die Erfahrungen in Schwellbrunn haben dies erneut bestätigt.

Der Kommunikation des Regierungsprogramms wird grosse Aufmerksamkeit geschenkt. So berichtet die Appenzeller Zeitung in regelmässigen Abständen über die Aktivitäten. Die Homepage (www.ar.ch/regierungsrat/regierungsprogramm-2012-2015) wird aktiv gepflegt. An den Sitzungen der Ausserrhoder Gemeindepräsidentenkonferenz wird periodisch über den Stand des Regierungsprogramms orientiert.

Auf die ursprünglich für 2014 geplante Bevölkerungsbefragung wurde verzichtet. Nach einer Analyse der letzten Bevölkerungsbefragung 2009 sind Lenkungsausschuss und Regierungsrat zum Schluss gekommen, auf eine weitere Befragung zu verzichten. Die Resultate einer weiteren Umfrage hätten voraussichtlich kaum neue Aussagen gebracht und v.a. der Kommunikation gedient. In der Folge wurde die Ausdehnung des Umzugsmonitorings auf alle Gemeinden geprüft. Es wäre darum gegangen, in den nächsten vier Jahren zusätzliche Aufschlüsse über die Zu- und Wegzüge in den Gemeinden zu erhalten und diese für den gesamten Kanton auszuwerten. Zwei Jahre wären die Aufwendungen für die Durchführung der Umfragen zulasten des Regierungsprogramms und zwei Jahre zulasten der Gemeinden gegangen. Die Auswertung der Umfragen und deren Kosten hätte für die gesamte Dauer das Amt für Wirtschaft übernommen. Dieses Konzept wurde von der Kon-



ferenz der Gemeindepräsidenten verworfen, da sich nicht alle Gemeinden beteiligen wollten. Die Gemeindepräsidenten zweifelten an der Aussagekraft der Umfrage.

3. Bezug zu den übergeordneten Zielsetzungen

3.1 Strategische Zielsetzungen (Seite 11 des Regierungsprogramms 2012–2015)

Im Regierungsprogramm definiert der Regierungsrat vier strategische Ziele. Die Projektleitung konzentriert sich dabei v.a. auf die beiden Zielsetzungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsplätze und zur Förderung des Wohnraums. Die Mittel werden prioritär dafür eingesetzt. 2011 erreichte der Bau neuer Wohnungen im Kanton einen neuen Rekordwert. Die Neubauquote erreichte damit erstmals beinahe den Durchschnittswert der Schweiz (Monitoring-Bericht 2013, S. 55 f.). Auffällig sind die grossen Unterschiede in der Neubauquote mit Blick auf die ehemaligen Bezirke (Monitoring-Bericht 2013, S. 56). Hier dürfte das Projekt „Bauen und Wohnen“ mit seinen Schwerpunkten im Hinterland und im Vorderland einen Beitrag zum Ausgleich leisten.

Die intensivere Bautätigkeit schlägt sich in der Bevölkerungsentwicklung noch nicht nieder. Die ständige Wohnbevölkerung wächst zwar seit 2010 wieder an. Jedoch ist die Bevölkerungsdynamik weit geringer als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Die Neubauquote wie auch die Statistik der Baugesuche und der Baubewilligungen lassen erwarten, dass die Bevölkerungsentwicklung an Dynamik gewinnt. In welchem Ausmass jedoch ist schwer abzuschätzen. Einiges wird davon abhängen, ob es gelingt, auch Arbeitsplätze in Appenzell Ausserrhoden zu schaffen. Die im Regierungsprogramm angesiedelten Projekte der „Arealentwicklung“ sind jedoch komplexer und zeitaufwändiger als jene im Projekt „Bauen und Wohnen“. Mit unmittelbaren Effekten in grösserem Ausmass ist daher kurzfristig nicht zu rechnen.

Dass die mit der erhöhten Bautätigkeit erhoffte Zunahme der Bevölkerung noch nicht im gewünschten Mass eingetreten ist, zeigt sich auch an der Leerwohnungsziffer. Mit der gestiegenen Neubauquote ist auch der Leerwohnungsbestand wieder angestiegen. Die Leerwohnungsziffer als Indikator bewegt sich aber noch immer in einem „gesunden“ Bereich, auch wenn die Unterschiede zwischen den Gemeinden gross sind (Monitoring-Bericht 2013, S. 58 f.). Der hohe Bestand an Altbauwohnungen und deren Struktur zeigt, dass in Appenzell Ausserrhoden Wohnraum, der den heutigen Bedürfnissen entspricht, nach wie vor vergleichsweise knapp ist (Monitoring-Bericht 2013, S. 60). Nebst der Förderung von Neubauten spielt in diesem Zusammenhang die Sanierung bestehender Bauten eine grosse Rolle. Hier besteht ein grosses Potenzial. Das Regierungsprogramm leistet mit den erfolgreichen Haus-Analysen einen wichtigen Beitrag zu einem Strukturwandel. Allerdings vermag dieses Projekt angesichts der überdurchschnittlich hohen Zahl von Altbauwohnungen kurz- und mittelfristig kaum signifikante Resultate zu erzielen. Hier muss auf einen längerfristigen Multiplikator-Effekt des Programms gezählt werden. Zudem beschränkt sich die Haus-Analyse derzeit nur auf „Bauten mit dorfbildprägendem Charakter“, also in der Regel nur auf Häuser in den Dorfzentren.

Der dritten Zielsetzung betreffend Lebensraum und -qualität wird grosse Beachtung beigemessen. Es wäre noch vermehrt anzustreben, dass Gebäude oder ganze Teilquartiere in den Ortskernen saniert und erneuert werden. Mit dem Projekt „Wohnen im Dorf“ konnte ein vielversprechendes Gebiet zur Erneuerung, Aufwertung und Belebung des historischen Zentrums von Herisau initiiert werden (Quartiere Windegg-Rosengarten, Sandbühl und Hinter dem Rathaus). Die Umsetzung solcher Projekte hängt aber vom Willen jedes einzelnen Hauseigentümers ab. Die Bereitschaft für solche Veränderungen und für eine gemeinsame Entwicklung eines Teilquartiers ist nicht überall sehr ausgeprägt.



Die Förderung genau dieser Bereitschaft zu Veränderungen in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, definiert das Regierungsprogramm als vierte strategische Zielsetzung. Diese Zielsetzung kann auf Ebene der Projektleitung nur sehr beschränkt verfolgt werden. Immerhin zeigt sich aber, dass sich die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in den letzten Monaten verbessert hat. Das Regierungsprogramm konnte in den zentralen Bereichen eine gewisse Dynamik auslösen. Auch die Gesetzesanalyse lieferte wichtige Impulse für eine Reform der Baugesetzgebung. Im Übrigen spricht diese Zielsetzung einen gewissen Kulturwandel im Kanton an. Dieser Kulturwandel kann nur langfristig anvisiert werden. Der Regierungsrat hat aber in zentralen Fragen eine Führungsrolle übernommen und breite Reformdebatten ausgelöst. Zu nennen sind etwa die Reform der Staatsleitung, der Prozess zur Überprüfung der Gemeindestrukturen, die Neuordnung der Finanzhaushalte von Kanton und Gemeinden oder die neue Form der Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden im Bereich der Informatik. Der Kantonsrat ist auf diesen Reformkurs eingeschwenkt, wie die Entscheide zur Reform der Staatsleitung eindrücklich gezeigt haben.

3.2. Operative Zielsetzungen (Seite 13 des Regierungsprogramms 2012–2015)

Das Potenzial der Synergien hat sich durch die Zusammensetzung im Lenkungsausschuss bestätigt. Da neben dem Kanton auch die Gemeinden im Lenkungsausschuss vertreten sind, konnte eine neue Dynamik ausgelöst werden. Es kann in den Projekten nur erfolgreich gearbeitet werden, wenn die Gemeinden aktiv mitmachen. Die Zusammenarbeit der Projektleitung mit den Gemeinden gestaltet sich sehr gut.

Kanton und Gemeinden können Appenzell Ausserrhoden nur gemeinsam voranbringen. Diese Zielsetzung sollte auch den Ausserrhoderinnen und Ausserrhodern vermittelt werden. Vielleicht würde dies zu mehr Aufbruchstimmung und weniger Skepsis gegenüber neuen, zukunftssträchtigen Projekten führen.

Die Projektleitung hat in diesem Zusammenhang im Februar 2013 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft eine sehr gut besuchte Veranstaltung unter dem Titel „Wohnbaugenossenschaften als Investoren in Appenzell Ausserrhoden?“ durchgeführt. Als Ziel setzte sich die Projektleitung, den im Kanton wenig verbreiteten gemeinnützigen Wohnungsbau anhand praktischer Beispiele zu erläutern. In Randgebieten des Kantons wie auch in Dorfzentren könnten mittels Gründung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften Um- und Neubauten überhaupt erst realisiert werden, da herkömmliche Investoren für solche Projekte kaum zu finden sind. Auch in Gemeinden mit teurem Wohnraum haben Wohnbaugenossenschaften ein Potenzial. Dort geht es darum, langfristig günstigen Wohnraum überhaupt anbieten zu können. Derzeit steht die Wohnüberbauung „Rosenau“ der Siedlungs- und Baugenossenschaft Hemetli mit rund 37 Wohnungen im Zentrum von Herisau an. Die Warteliste für die Hemetli-Wohnungen ist wesentlich grösser als das geplante Angebot. Die Gemeinde Teufen prüft im Raum des ehemaligen Zivilschutzentrums eine Überbauung in Zusammenarbeit mit einem gemeinnützigen Wohnbauträger. Zuerst muss aber noch eine Landparzelle vom Kanton erworben werden.

Das Regierungsprogramm 2012–2015 wurde im Rahmen der Baubehördenexkursion 2013 vorgestellt. An diesem gut besuchten Tag wurde die Wirksamkeit der Projekte in Schwellbrunn und Herisau veranschaulicht. Ebenso wurde den Baubehörden der Gemeinden die Resultate von Haus-Analysen und die Zielsetzung und Vorgehensweise im Projekt „Wohnen im Dorf – Zentrum Herisau“ eindrücklich dokumentiert.

3.3. Umsetzung der konkreten Massnahmen (Seiten 14 und 15 des Regierungsprogramms 2012–2015)



Die Umsetzung der Massnahmen wird vom Lenkungsausschuss kontrolliert. Die Kontrolle erfolgt mittels eines Controlling-Systems mit Ampeln. Entweder werden die Massnahmen einzeln im Rahmen separater Projekte umgesetzt (z.B. Gesetzesanalyse, Wohnen im Dorf, Wohnortmarketing, etc.) oder in den Beratungsgesprächen der Projektleitungsmitglieder berücksichtigt.

Der Regierungsrat hat für einzelne Massnahmen konkrete Ziele gesetzt. So müssen in der „Arealentwicklung“ insgesamt drei strategische Areale evaluiert werden. Unter diesem Aspekt werden prioritär Gebiete mit Potenzial für innere Verdichtung verstanden, wobei die Beseitigung baufälliger und unternutzter Liegenschaften bei gleichzeitiger Aufwertung der Dorfkerne angestrebt wird. Dies trifft u.a. auf die Gebiete Herisau Bahnhof, Speicher Hinterdorf und Trogen Bahnhof zu. Trotz der hohen Komplexität der Materie dürften die Ziele im Laufe des Programms erreicht werden. Im Projekt „Bauen und Wohnen“ müssen jährlich 30–40 Wohnungen entwickelt und realisiert werden. Diese Zielsetzung konnte bis Ende 2013 nicht erreicht werden. Immerhin liegt auf den Jahresbeginn 2014 für rund 54 Wohnungen eine Baubewilligung vor. In Anbetracht der laufenden Projekte ist aber davon auszugehen, dass diese Ziele bis Ende 2015 gesamthaft erfüllt werden können. Hierbei wurden die Wohnungen, die infolge einer Haus-Analyse aus sanierten Liegenschaften entstanden sind, nicht in die Beurteilung eingerechnet. Die durch Haus-Analysen erneuerten Wohnungen entsprechen gemäss einer Umfrage bei den Hauseigentümern rund 130 Wohneinheiten. In den Jahren 2007–2010 wurden im Durchschnitt 83 neue Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erstellt. Die Zahl der Neuwohnungen erreichte im Jahr 2011 einen Spitzenwert von 237 Einheiten. Gerade bei anspruchsvollen und komplexen Zentrumsprojekten konnte das Regierungsprogramm „Bauen und Wohnen“ durch die bisher bewilligten Wohnungsbauten mit einem Anteil von rund 23% der Neubauquote von 2011 wichtige Impulse schaffen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die Fokussierung auf die „Arealentwicklung“ und das „Bauen und Wohnen“ bewährt.

Durch die „Haus-Analyse“ soll der Altwohnungsleerbestand reduziert werden. In der „Haus-Analyse“ müssen jährlich 20 Analysen durchgeführt werden. Im Jahr 2012 wurden 22 Haus-Analysen abgeschlossen und im Jahr 2013 deren 17. Dabei sollen 25 % der Gebäudesanierungen umgesetzt und realisiert werden. Dieses Ziel wurde deutlich übertroffen, denn bei 43% der seit 2010 durchgeführten und abgeschlossenen 68 Haus-Analysen wurden Investitionen in die Sanierung der Häuser vorgenommen. Das auf der Grundlage von Haus-Analysen realisierte Investitionsvolumen in die untersuchten Gebäude inkl. Neubau Alters- und Pflegeheim Bad Säntisblick (Waldstatt) beträgt rund Fr. 22'000'000. Derzeit sind weitere 26 Haus-Analysen in Bearbeitung, die im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Vier Anfragen werden derzeit geprüft. Die „Haus-Analyse“ kann als erfolgreiches Teilprojekt von „Bauen und Wohnen“ gelten. Grundsätzlich muss die Zielerreichung bei der „Haus-Analyse“ über die Dauer von mehreren Jahren betrachtet werden, da es von der Haus-Analyse bis zur Umsetzung in der Regel einige Jahre dauert. In Anbetracht der Tatsache, dass in Appenzell Ausserrhoden rund 47% der Bauten vor 1919 erstellt wurden, ist die Zahl der durchgeführten Haus-Analysen leider nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Die Überprüfung der Verfahren im Baurecht konnten mittels Gesetzesanalyse abgeschlossen werden. Ein Grossteil der Vorschläge aus der Analyse ist in die Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Baugesetzes eingeflossen. Die Analyse konnte so wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der kantonalen Rechtsgrundlagen liefern.

Zur Einrichtung einer kantonsweiten Baugesuchsstatistik musste ein entsprechender Prozess zwischen Gemeinden und Kanton definiert werden. Die Daten sollen analog den Erhebungen für das Bundesamt für Statistik vierteljährlich aufbereitet werden.



C. Finanzen

Wie in der Ausgangslage erwähnt, waren für das Regierungsprogramm 2012–2015 6 Mio. Franken vorgesehen. Durch die verschiedenen Kürzungen des Regierungsrates steht noch ein Verpflichtungskredit von Fr. 3'560'000 zur Verfügung.

Bei Halbzeit des Regierungsprogramms 2012–2015 präsentiert sich die finanzielle Situation erfreulich. Im „Bauen und Wohnen“ wurden die Budgets beinahe und in der „Arealentwicklung“ teilweise für Zahlungen und zugesicherte Beiträge ausgeschöpft. Dagegen wurde in der Gesamtprojektleitung und bei den separaten Projekten in der Kompetenz des Regierungsrates äusserst zurückhaltend vorgegangen. Die Budgetreduktion hat in den Jahren 2014 und 2015 eine Konzentration des Mitteleinsatzes auf wesentliche Projekte zur Erreichung der Zielsetzungen zur Folge. Trotz Vereinfachung der Projektführung, Übernahme der Gesamtprojektleitung durch eine verwaltungsinterne Person und Reduktion des Arbeitseinsatzes der Projektmitarbeitenden sollte der Erfolg des Programms gewährleistet sein.

Da es sich beim Kredit für das Regierungsprogramm 2012–2015 um einen Rahmenkredit für vier Jahre handelt, wird Ende 2015 abgerechnet.

Zusammenfassung Aufwendungen Regierungsprogramm 2012–2015

	Urspr. Budget	2012 Ausgaben	2013 Ausgaben	2014 Budget	2015 Budget	Total
Arealentwicklung	1'680'000	378'570	228'896	130'000	332'534	1'070'000
Bauen und Wohnen	1'880'000	430'847	503'401	200'000	275'752	1'410'000
Kosten GPL (Seite 18 des Regierungsprogramms 2012–2015)	1'000'000	126'290	123'957	80'000	69'753	400'000
Verschiedene Projekte RR	1'440'000	148'292	131'856	80'000	122'852	483'000
Budgetkürzung RR 2013-2015	2'440'000					
Budget für Projektabschluss 2016						197'000
Total	3'560'000	1'083'999	988'110	490'000	800'891	3'560'000



D. Antrag

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, vom Zwischenbericht 2013 des Regierungsprogrammes 2012–2015 Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Regierungsrates

sign. Marianne Koller-Bohl

sign. Roger Nobs

Marianne Koller-Bohl, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber

Beilagen

Beilage 1 Laufende Projekte

Beilage 2 Finanzen – Zwischenbericht per 31. Dezember 2013